

Neue Steuern?

Man erzählt, daß im Schoße der Regierung Vorbereitungen zur Verordnung neuer Steuern getroffen werden, daß jedoch bisher feste Entschliessungen nicht getroffen seien.

Das letztere glauben wir aufs Wort. Denn auch nicht ein einziger stichhaltiger Grund kann dafür angeführt werden, erstens daß jetzt, mitten im Kriege, einige Monate vor seinem Abschluß an unserer Besteuerung irgend etwas geändert werde, und zweitens, daß unter den obwaltenden Umständen neue Steuern ohne Volksvertretung, mit dem § 14 verhängt werden.

Wir reden bloß von der handgreiflichen politischen Zweckmäßigkeit. Neue Steuern, die jetzt verordnet werden, können für den Fiskus erst nach vielen Monaten wirksam werden, also zu einer Zeit, wo der Krieg aller Wahrscheinlichkeit nach beendet ist. Sie können dem Fiskus ein paar Zehnmillionen tragen, die angesichts des Kriegsbedarfs gar keine Rolle spielen. Selbst wenn sie zweihundert Millionen eintrügen, können sie die Ausfälle und die Mehrerfordernisse dieses Budgetjahres nicht decken. Wir bleiben nach wie vor auf dem Weg des öffentlichen Kredits angewiesen wie alle Staaten der Welt, die kriegsführenden und die neutralen, und wenn jemals, so ist dieser Weg jetzt ganz berechtigt und ganz unangefochten, er ist auch ohne besondere Bemühung einträglich und, wie das Ergebnis der Kriegsanleihe beweist, jedenfalls auch ausreichend.

Die Staatsbürger aber, die heute die Last und das Leid des Krieges bei verminderten Erwerbserträgen willig auf sich nehmen, um eines im ganzen unbeträchtlichen Fiskalerfolges willen noch mit Steuerbeängstigungen heimzusuchen, wäre ein politisch in keinem Sinne verständliches Vorgehen. Schon darum teilen wir die öfter ausgesprochene Mutmaßung, daß die durch die Presse erfolgten Ausstreunungen mutwilligen Gerüchten entsprungen sind. Darin bestärkt uns die Wahrnehmung, daß die Organe der Steueradministration, von denen eine sehr große Zahl als Reserveoffiziere im Felde stehen, bei den verringerten Ständen und den vermehrten Einhebungsschwierigkeiten so sehr überlastet sind, daß sie den normalen Steuerdienst nur mühsam, nur verspätet und nur unvollkommen bewältigen können. Danach halten wir es für ausgeschlossen, daß sie mit Erfolg mit dem Studium neuer Steuergesetze und mit ihrer praktischen Einführung belastet werden könnten. In einem großen Teile des Staatsgebietes ist zudem der ganze Verwaltungsapparat suspendiert, in allen anderen Teilen sind durch die geänderten Erwerbsrichtungen alle Grundlagen der Besteuerung, Besteuerungsobjekte und Steuersubjekte, so weitgehend erschüttert, daß die verminderte Zahl von Vorschreibungs- und Einhebungsorganen zur Vermeidung grober Unbill der Besteuerung alle Hände voll zu tun hat.

Wie politisch vom Standpunkt der Bevölkerung, so administrativ vom Standpunkt der Steuerverwaltung betrachtet, scheint uns jetzt die Einführung neuer Steuern als eine unmögliche Sache.

Man kann ein Steuersystem in Vorahnung eines Krieges so reformieren, daß es im Ernstfall ausreicht. Man muß nach einem Kriege, wenn der Bedarf feststeht, das ganze Steuersystem so ausbauen, daß auf Grund eines langfristigen Finanzplanes die erhöhten Lasten auf alle Klassen und alle Erwerbszweige gerecht ausbalanciert werden.

Umgekehrt steht es mit dem Anlehenswesen. In normalen Zeiten Anlehen zur Deckung des laufenden Bedarfes zu machen ist verfehlt, ja verdächtige

Finanzpolitik. Im Kriege aber, in der kurzen Zeit von Monaten, von einem Jahre höchstens, sich mit dem öffentlichen Kredit zu behelfen ist sehr natürlich, selbstverständlich und ausreichend. Kein Mensch hat daran etwas auszusetzen. Wie sich zeigt, hat der Staatsbürger auch Vertrauen und das einmal betätigte weckt neues Vertrauen, die durchgeführte Kreditoperation schafft so viel neue Beruhigung, als umgekehrt Steuererhöhungen zerstören würden.

Diese Dinge sind so einfach, daß sie wohl nur ausgesprochen zu werden brauchen, um sich durchzusetzen. Nach einer absehbaren Reihe von Monaten haben wir Frieden. Heute, im Kriege, überwiegen die schwierigen Aufgaben der Finanzverwaltung, man lasse also die Verwalter auf der unveränderten Basis unserer Steuergesetzgebung ruhig verwalten und ihre doppelt schwierige Aufgabe so gut es nur geht erfüllen. Nach dem Kriege hat die Finanzpolitik das Wort, eine andere Kunst. Die Routine, die für die Verwaltung die höchste Tugend ist, erweist sich für die Finanzpolitik als schwerstes Hemmnis. Es wird sich nach dem Kriege um mehr handeln als um etliche zehn Millionen, als um das Anflücken einiger Steuerchen aus der schon etwas verstaubten Mappe Korytomskis. Auch die kleinste Neuerung, die jetzt — dank der bequemen Methode des § 14 — der österreichischen Bevölkerung leicht versetzt werden könnte, muß sich für eine systematische, große Reform in einem Zuge hinterher als große Behemmung erweisen. Wenn man den vorhandenen Stoff auf Lappen verschneidet, wird für einen ganzen Anzug nichts übrig bleiben.